



# Der Zürcher Bote



WOCHEZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

## Eidgenössische Politik

Zur Nachhaltigkeit  
unserer Energiestrategie  
von Paul von Euw

Seite 2

## Kanton Zürich

Verfehlte Wohnungspolitik von Linksgreen  
von Markus Bopp

Seite 3

## Aktuell

Krasse Missachtung  
unserer Verfassung  
von Karl Spühler

Seite 5

## Parlamentsgemeinden

Bürgerliche Erfolge im  
Gemeinderat Schlieren  
von Thomas Grädel

Seite 6

## Veranstaltungs-Tipp

Polit-Dinner  
zur Windkraft  
mit KR von Euw

Seite 8

ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 9. FEBRUAR 2025

## Ein Triumph der Vernunft

Die Ergebnisse der Abstimmungen vom 9. Februar 2025 sprechen eine deutliche Sprache: Die Schweizer Bevölkerung hat sich mit überwältigender Mehrheit gegen übertriebene Regulierungen, ideologische Energiegesetze und eine Politik der Selbstbedienung ausgesprochen. Während die Umweltverantwortungsinitiative krachend scheiterte, lehnten mehrere Kantone linksgrüne Energiegesetze ab. Auch in der Stadt Zürich gab es eine schallende Ohrfeige für das Parlament, das sich eine massive Lohnerhöhung gönnen wollte. Die SVP konnte damit einen bedeutenden Erfolg verbuchen – doch der Kampf gegen linke Bevormundung geht weiter.



Die Bevölkerung will keine Zwangsmassnahmen wie eine Solarpflicht, sondern realistische Lösungen.

Bild: Pixabay

Auf nationaler Ebene setzte die Stimmbevölkerung ein deutliches Zeichen gegen ideologische Überregulierung: Die Umweltverantwortungsinitiative

wurde mit 69,8 Prozent Nein-Stimmen wuchtig abgelehnt. Kein einziger Kanton sprach sich für die extreme Vorlage aus, die eine massive Einschränkung

der Wirtschaft und der individuellen Freiheiten bedeutet hätte. Der Bevölkerung ist klar: Umweltpolitik ja – aber mit Vernunft und Augenmaß. Die SVP

hat von Anfang an vor dieser gefährlichen Vorlage gewarnt und konnte die Bevölkerung überzeugen.

### Energiegesetz-Abstimmungen: Bürger lehnen staatliche Bevormundung ab

Auch auf kantonaler Ebene zeigten die Stimmbürger, dass sie keine linksgreenen Energie-Experimente mehr mittragen wollen. Im Kanton Solothurn wurde das Energiegesetz zum zweiten Mal deutlich abgelehnt und in Schaffhausen wollte die Stimmbevölkerung nichts von Steuerprivilegien für E-Autos wissen. Besonders deutlich fiel die Abstimmung im Kanton Bern aus: Die radikale Solar-Pflicht-Initiative wurde mit 71,2 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Zwar fand der Gegenvorschlag Zustimmung, doch die Ablehnung der ursprünglichen Vorlage zeigt: Die Bevölkerung will keine Zwangsmassnahmen und Verbote, sondern realistische Lösungen.

Diese Ergebnisse sind ein Fingerzeig für Zürich: Auch hier steht bald die Abstimmung über das kantonale Energiegesetz an, welche durch das Behördenreferendum der SVP des Kantons Zürich ermöglicht wurde. Im neuen Gesetz soll das CO<sub>2</sub>-Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2040 verankert werden. Dies ist gleichbedeutend mit einem Verbot von allen fossilen Heizungen, Verbrennermotoren, einem Flugverbot usw. bis in 15 Jahren.

Das Nein in anderen Kantonen zeigt, dass sich Widerstand lohnt – und dass Zürich diesem gefährlichen Gesetz ebenfalls eine Absage erteilen muss!

### Zürcher Gemeinderat wird in die Schranken gewiesen

Ein weiteres wichtiges Zeichen setzte die Stadtzürcher Stimmbevölkerung: Der Gemeinderat wollte sich eine Lohnerhöhung von 75 Prozent gönnen – und

wurde an der Urne gestoppt. Statt die Entschädigungen von 16000 auf 28000 Franken pro Jahr anzuheben, sagten 53,2 Prozent der Stimmbürger Nein zur Selbstbedienungsmentalität linker Politiker in der Stadt Zürich.

Dieses Resultat ist ein unmissverständliches Bekenntnis zum Milizsystem, das die Schweiz stark gemacht hat. Politik ist kein Beruf, sondern ein Ehrenamt, und wer sich politisch engagiert, sollte es nicht aus finanziellen Motiven tun. Die Zürcherinnen und Zürcher haben klargemacht, dass sie kein Berufsparlament wollen, sondern Politiker, die sich für die Bürger einsetzen – und nicht für ihr Portemonnaie.

### Ein Erfolg – aber keine Zeit für Selbstzufriedenheit

Dieser Abstimmungssonntag war ein bedeutender Sieg für die bürgerlichen Kräfte. Die Bevölkerung hat klar gezeigt, dass sie genug von linken Experimenten, übertriebenen Regulierungen und staatlicher Bevormundung hat. Doch die Linken werden weiter versuchen, ihre Ideologie durchzusetzen – mit neuen Gesetzen, neuen Steuern und neuen Zwängen.

Die SVP wird diesen Angriffen entschieden entgegentreten. Die Abstimmungen vom 9. Februar haben bewiesen: Wenn die Bürgerinnen und Bürger die Wahrheit kennen, stimmen sie für Freiheit, Eigenverantwortung und Vernunft. Die SVP bleibt die Stimme des gesunden Menschenverstands.



Domenik Ledermann  
Kantonsrat und  
Parteipräsident  
SVP Kanton Zürich  
Herrliberg

**Asylmissbrauch stoppen!**

**Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!**



Christoph  
Mörgeli

## Die Klügsten der Welt

*Es ist eine Jubelmeldung, die uns Schweizer beruhigen soll: Das mit der bildungsfernen Zuwanderung sei gar nicht so schlimm. Denn das vielgeschmähte Spreitenbach beweist laut «Sonntagszeitung», dass viele Schüler zuerst kein Wort Deutsch sprechen, um dann doch das Gymnasium zu absolvieren. Es gebe in jener Agglomerationsgemeinde Klassen mit nahezu hundert Prozent Kindern mit Migrationshintergrund. Und dennoch liege der Anteil von Spreitenbachs Gymnasiasten im kantonalen Schnitt. Nur könnte dies auch damit zusammenhängen, dass die gymnasialen Anforderungen ständig geringer werden – speziell im sprachlichen Bereich. Ein grosszügiger Lehrer findet, man solle ein «Flüchtlingskind» nicht an «kleinlicher Bewertung» scheitern lassen.*

*Es folgt eine zweite Jubelmeldung, die uns ein hohes Kreuz verschafft: «Schweiz auf Platz 1: Das sind die intelligentesten Länder der Welt». Hierauf erklärt uns Intelligenzbestien das Intelligenzblatt «20 Minuten», dieser Wert basiere auf Nobelpreis-Nominierungen, der Bildung und dem durchschnittlichen Intelligenzquotienten. Der Durchschnitts-IQ liege hierzulande bei nahezu 100. 40 Prozent hätten mindestens einen Bachelor-Abschluss; was wenig glaubhaft ist. Ernsthaftes Statistiken sprechen beim Bildungsstand der Schweizer Wohnbevölkerung von gut 30 Prozent, die eine Hochschule absolviert haben.*

*Dann belehrt uns «20 Minuten»: «Zudem wurden 32 Universitäten des Landes für den Nobelpreis nominiert.» Dass wir mehr Universitäten als Kantone haben sollen, scheint eine recht abenteuerliche Behauptung. In Wahrheit sind es mit den ETHs exakt 12. Bezuglich Nobelpreis-Nominierungen schlägt uns Grossbritannien. Von den 30 an Personen verliehenen Nobelpreisen, mit denen sich unser Land schmückt, gingen immerhin 22 an «indigene» Schweizer. Bemerkenswert ist übrigens, dass sämtliche Nobelpreise die Zeit vor den hochgejubelten EU-Horizon-Projekten betreffen. Wir sollten uns also auf den gegenwärtigen Bildungsstand nicht allzu viel einbilden. Bildung ist ja ohnehin das, was übrigbleibt, wenn wir das Gelernte vergessen haben.*

## ENERGIEVERSORGUNG: MITEINANDER STATT GEGENEINANDER

### Wie nachhaltig ist unsere Energiestrategie wirklich?

Bei dieser Frage scheiden sich die Geister. Diskussionen werden emotional und enden meist abrupt. Dabei lohnt es sich schon, sich dieser Frage zu stellen. Ökologen werfen den Ökonomen vor, sie hätten kein Nachsehen mit der Natur, und die Ökonomen bezichtigen die Ökologen der Herunterwirtschaftung der Schweiz. Nun, wer hat wohl recht?



Paul von Euw  
Kantonsrat SVP  
Bauma

#### Noch nicht ausgereifte Technologien

Seit dem Unfall in Fukushima ist ein Pfeiler der Energieproduktionsart sehr verpönt: die Kernenergie. Nun, was ist Kernenergie überhaupt? Kernenergie liefert uns Bandenergie. Diese dient, ergänzend mit Flusskraftwerken, der Grunddeckung unseres Elektrizitätsbedarfes. Sie wird aus Uran – einem Gestein – gewonnen, welches fast überall auf der Welt vorkommt. Eine sehr nachhaltige, CO<sub>2</sub>-freie Energiequelle, welche jedoch am Ende ihres Einsatzes sehr fachkundig entsorgt werden muss und bei einem Unfall sehr gefährlich werden kann. Grössere Unfälle gab es bisher weltweit zwei. Grund dafür waren Planungs- bzw. Unterhaltsfehler. Und auch die Entsorgung ist ohne die Kernkraft nicht gelöst. Durch Forschung, Medizin und Industrie fallen weiterhin speziell zu behandelnde, radioaktive Abfallmaterialien an. Nichtsdestotrotz, und das gilt es ernst zu nehmen, ist aber auch im Gesamtkontext der dauernd angepassten gesetzlichen Rahmenbedingungen zu betrachten: Das Schweizer Stimmvolk hat sich für ein Verbot von neuen

Kernkraftwerken ausgesprochen. Das bedeutet, unsere Gesellschaft muss zukünftig einen beachtlichen Teil der energetischen Grunddeckung anderweitig organisieren.

Die Strategie ist, die zukünftig fehlende Energie mittels Erhöhung der Wasserkraft (+7%) sowie eines massiven Ausbaus von Windkraft- und Photovoltaikanlagen zu decken. Auf den ersten Blick eine attraktive Lösung. Bei genauem Hinschauen, und das hat jetzt auch die Landesregierung mit ihren Spezialisten gemacht, merkt man: Es ist zurzeit unmöglich, diese Strategie erfolgreich umzusetzen. Die heutigen Speichertechnologien für Elektrizität sind noch zu wenig ausgereift und die Anzahl an Stromproduktionsanlagen können unmöglich innert nützlicher Frist gebaut werden. Die Lösung sieht der Bundesrat nun im Bau von Gaskraftwerken. Dies nicht nur, um die fehlende Kernenergie zu ersetzen; nein, sondern auch um den Strombedarf der elektrisch betriebenen Verkehrsmittel sowie der Wärmepumpen zu decken. Übrigens: Wärmepumpen werden inskünftig die Öl- und Gasheizungen mehrheitlich

ablösen. Hier kristallisiert sich ein Widerspruch heraus. Trotzdem, im Jahr 2017 hat die Bevölkerung der Energiestrategie 2050 zugestimmt, welche nachhaltige, umweltschonende und jederzeit genügend Energie versprochen hat.

Eingangs habe ich die Strategie unserer Vorfahren gelobt. Diese war ziemlich CO<sub>2</sub>-arm und sehr zuverlässig. Doch wie beurteilen wir die heutige, vermeintlich nachhaltige Strategie? Der Bundesrat will Gaskraftwerke, die Versorgungssicherheit durch elektrische Energie ist mittelfristig unsicher gewährleistet und der Strom wird massiv teurer bzw. wurde bereits teurer. Eine Strategie, die so kaum jemand wollte! Oder beim Vergleich mit der Lebensader der Gesellschaft: Wir haben ein Herz, welches schwach ist, und der Herzschrittmacher funktioniert zudem unzuverlässig.

#### Ein nachhaltiger schweizerischer Kompromiss

Zur Vervollständigung noch dies: Die Versorgungssicherheit hat keinen Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen Schweiz-EU oder Differenzen mit dem Ausland. Deutschland beispielsweise wird mit seiner heutigen Energiestrategie vom Elektrizitätsexporteur (+15%) zum Importeur (-15%). Von da können wir zukünftig keine Energie mehr beziehen. Und wenn die Deutschen nicht liefern können, liefern die Franzosen und zukünftig weitere 15 europäische Länder – mit Kernkraft.

Ja, wie nachhaltig ist unsere Energiestrategie wirklich? Ist das die Energiestrategie, welche das Schweizer Stimmvolk einst angenommen hat? Ich bin der Meinung, man kann eine Energiestrategie nachhaltig gestalten. Doch im Moment hat die Strategie mit Nachhaltigkeit wenig zu tun, sondern ist CO<sub>2</sub>-fördernd, ungeplant, unkoordiniert und birgt eine grosse gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefahr. Spielen wir die Technologien nicht gegeneinander aus, sondern nutzen wir ihre jeweiligen Vorteile – und zwar alle, von A wie Atomkraft bis W wie Wasserkraft. So werden wir weiterhin eine zuverlässige, sichere und umweltverträgliche Stromversorgung haben. Auch hier gilt letztendlich: Der gute alte schweizerische Kompromiss wird es richten.



**Spielen wir die Technologien nicht gegeneinander aus, sondern nutzen wir ihre jeweiligen Vorteile – und zwar alle, von A wie Atomkraft bis W wie Wasserkraft.**

Bild: Wikimedia

## PARLAMENTSKOMMISSION VERZICHTET AUF STÄNDEMEHR BEIM EU-RAHMENABKOMMEN

### Weniger statt mehr Demokratie

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) teilte am Dienstag mit 15 zu 10 Stimmen mit, sie wolle auf eine obligatorische Abstimmung zum EU-Rahmenabkommen verzichten. In ihren Augen seien die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein obligatorisches Referendum nicht erfüllt – für keines der neuen Abkommen. Die Abkommen sähen keinen Beitritt der Schweiz zu einer supranationalen Gemeinschaft vor, lautete eine der Begründungen, die nun dem Bundesrat per Brief mitgeteilt werden.



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär SVP  
Pfäffikon

#### Obligatorisches Referendum soll verhindert werden

Die Schweiz hat sich der EU unterzuordnen. Sogar die obligatorische Volksabstimmung soll verhindert werden. Die FDP-Vertreter sind voll auf EU-Linie: Sie wollen insbesondere die Personalfreiheit um jeden Preis erhalten – obwohl die masslose Zuwanderung unseres Land und unserer Bevölkerung schadet. Auch Die Mitte schliesst sich dem EU-Tanz an; sie verzichtet damit weitgehend auf den Föderalismus.

#### Unterwerfung

An diesem Kommissionsentscheid ist vieles eigenartig. Wird jetzt per Brief entschieden, welche Rechte das Volk noch hat? Wie kommt die APK über-

haupt dazu, in der wohl wichtigsten Volksabstimmung der letzten Jahrzehnte derart vorzupreschen, obwohl kein definitiver Vertrag vorliegt? Man hat das Gefühl, hier wurde unter dem freisinnigen welschen APK-Präsidenten Laurent Wehrli eine neue Hürde geschaffen, damit das Volk in der Sache nicht mehr durchdringen kann. Eine eigentliche Unterwerfung ist im Gang.



**Die Schweiz soll sich per Vertrag der EU unterordnen. Trotzdem wollen die anderen Parteien nun sogar noch die obligatorische Volksabstimmung darüber verhindern!**

Bild: Adobe Stock

Nach diesem skandalösen Eingreifen der APK wollen alle Parteien, FDP, Die Mitte, SP sowie Grüne und sogenannte Grünliberale, die gesamte Schweiz der EU einfach ausliefern. Die Schweiz hat demnach zukünftiges EU-Recht und die Machenschaften der EU-Bürokratie zu übernehmen.

#### Bewusstes Negieren der Kompass-Initiative

Der Entscheid der APK wurde im Übrigen im Wissen um die Kompass-Initiative getätigt, die die dynamische Rechtsübernahme verunmöglichten und das obligatorische Referendum bei völkerrechtlichen Verträgen einführen will. Dass hier die Schweiz Teile ihrer Souveränität bei der Festlegung der geltenden Gesetze an Dritte abtritt, haben auch Staatsrechtler bereits bestätigt.

#### Regieren und Legiferieren per Brief

Die Medienmitteilung der Parlamentsdienste hört sich sehr geschwülstig an. Die APK will «dem Bundesrat mit einem Schreiben mitteilen, dass ihrer Meinung nach die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Unterstellung unter das obligatorische Referendum für keines der neuen Abkommen und für keine Nachführung eines bestehenden Abkommens mit der EU erfüllt sind, da diese Abkommen insbesondere keinen Beitritt der Schweiz zu einer supranationalen Gemeinschaft vorsehen.»

## BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

## «Fifty Shades of Grey» – oder weshalb Politik nicht immer schwarz-weiss ist

Für einmal in den Ratsferien keine Perlen aus Absurdistan. Vielmehr nehme ich Sie mit in die Grauzonen der politischen Entscheidungsfindung.



**Romaine Rogenmoser**  
Kantonsrätin SVP  
Bülach

Nun mag man vermuten, dass man mit dem Parteidrogramm einen doch recht guten Kompass für seine Entscheidungen hat. So hat sich jeder Politiker eine Heimat gesucht, die seine Werte grösstmöglich abdeckt. Natürlich weiss jedes Kind, dass es eine hundertprozentige Übereinstimmung mit dem jeweiligen Parteidrogramm nie gibt. Trotzdem möchte man doch annehmen, dass so ein Parteidrogramm die groben Leitlinien vorgibt, nach denen die jeweiligen Fraktionsmitglieder ihr Handeln ausrichten.



Die Axpo hat beschlossen, ihre Führungsetage noch üppiger zu entlönen.  
Bild: Adobe Stock

Viele Entscheide, die wir als Politiker treffen müssen, befinden sich in einer parteipolitischen Grauzone. Unsere Entscheidungen sind für den Wähler, den Bürger, den Steuerzahler nicht immer nachvollziehbar. Dies mag an den fehlenden Grundlageninformationen, aber ebenso gut an der unvollständigen oder bewusst irreführenden medialen Berichterstattung liegen. So sind die Meinungen häufig rasch gemacht. Meinungen, die auf wenig mehr als Stammtischgesprächen, 20-Minuten-kürzest-Artikeln, unausgewogenen SRF-Beiträgen und Tiktok-Videos basieren. Es ist den Bürgern auch nicht zu verübeln, dass sie sich heutzutage praktisch keine eigene Meinung mehr bilden können, denn was wir von den Medien gefiltert vorgesetzt kriegen, hat mit ausgewogener Berichterstattung nichts mehr zu tun.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass sich mancher Wähler verwundert die Augen reibt, wenn «seine» Partei sich nicht so verhält, wie es das Parteidrogramm vermuten liesse.

### Dilemma der politischen Entscheidungsfindung

Anhand eines gerade aktuellen Beispiels zeige ich deshalb kurz das Dilemma der politischen Entscheidungsfindung.

Die Axpo hat nach einem überaus erfolgreichen Jahr beschlossen, ihre Führungsetage noch üppiger zu entlönen. Und mit üppig meine ich eher schon unverschämt, denn die Erhöhung betrug 80 Prozent – in absoluten Zahlen von einer auf 1,8 Millionen Franken. Da reibt sich so manch ein Bützer, der eine Lohnerhöhung von drei Prozent erhalten hat, verwundert die Augen. Die Lohnerhöhung erfolgte übrigens nur ein Jahr, nachdem der Bundesrat

einen milliardenschweren Schutzhirm für die Axpo aufgespannt hat.

Nun fordert ein Vorstoss, dass das Salär der Geschäftsleitung bei einer Million gedeckelt werden soll. Der Vorstoss ist breit abgestützt – auch SVP-Vertreter haben mitunterzeichnet. Nun gibt es aber auch SVP-Vertreter, die – ganz im Sinne des Parteidrogramms – argumentieren, dass der Staat sich so wenig wie möglich in die Wirtschaft einzumischen hat; dass die freie Marktwirtschaft die oberste Prämisse ist und «der Markt» sich selber reguliert. Zudem gilt es zu bedenken, dass für die Führung solch grosser und für die Schweiz wichtiger Firmen die absolut Besten am Start sein sollten, und die arbeiten nun mal nicht für ein Butterbrot; zumal diese Cracks bei vielen anderen Firmen arbeiten könnten, die bessere Löhne bezahlen.

### Mehr als Schwarz oder Weiss

Wir haben also quasi zwei Lager: Diejenigen, die finden, es ist genug mit Lohnexzessen bei praktisch staatlichen Institutionen; die denken, keine Arbeit ist so viel Geld wert und es findet sich sicher jemand, der diesen Job auch für eine Million machen würde. Freiwillige vor. So hohe Löhne sind eine Frechheit gegenüber den normalen Arbeitnehmenden.

Und dann gibt es das Lager der «Freiheitlichen», denen jeder staatliche Eingriff ein Gräuel ist. Sie haben ein Vertrauen in den Markt und seine Selbstregulierungskräfte und wollen auf keinen Fall die Energie und Initiative von Führungsleuten bremsen.

Sie haben sicher bemerkt: Es gibt selten nur Schwarz oder nur Weiss in der Politik. Die Debatte zu diesem Thema wird auf jeden Fall heiss geführt. Wie würden Sie entscheiden?

## WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

## Zahlreiche energiepolitische Entscheidungen zugunsten der SVP-Politik schweizweit

Der vergangene Abstimmungssonntag hat neben dem deutlichen NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative noch weitere spannende Entscheidungen auf kantonaler oder kommunaler Ebene hervorgebracht. Hier eine kleine, nicht abschliessende Auswahl:

### Solothurn: Nein zum neuen Energiegesetz dank der kantonalen SVP

58 Prozent, aber auch 97 der insgesamt 106 Solothurner Gemeinden, lehnten das neue Energiegesetz ab. Eine klare Niederlage für die Solothurner Regierung, das kantonale Parlament und alle Parteien außer der SVP.

Klare Siegerin dieser kantonalen Abstimmung ist die SVP Solothurn, ergriff sie im Alleingang das Referendum gegen das Energiegesetz. Argumentiert hat sie vor allem mit drohenden hohen Kosten; das Stimmvolk sei mündig genug, um selber zu entscheiden, wann und wie Häuser saniert und Ölheizungen ersetzt werden sollen.

### Bern: Klares Nein zur Solarinitiative

Über 71 Prozent der Berner Stimmbevölkerung sagten am Sonntag Nein zur Solarinitiative der Grünen. Der Gegenvorschlag hingegen wurde mit rund 67 Prozent angenommen.

Das Begehr verlangte, dass bis 2040 sämtliche geeignete Dächer und Fassaden mit einer Solaranlage ausgerüstet werden. Das ging auch dem Kan-

tonsparlament zu weit, das einen Gegenvorschlag vorlegte, der die Pflicht auf Dächern von Neubauten vorsieht und bei Sanierungen auf Freiwilligkeit zielt. Dieser Gegenvorschlag wurde auch von bürgerlicher Seite unterstützt.

### Au SG: Vier Stimmen bringen Unterschied für Mindestabstandsinitiative

1044 Ja-Stimmen gegen 1040 Nein-Stimmen bedeuten seit Sonntag nun Ja zum Mindestabstand von 500 Metern zwischen Windkraftanlagen und Wohngebieten. Das 220 Meter hohe Windrad des Technologiekonzerns SFS kann somit nicht gebaut werden und der Mindestabstand wird nun im Baureglement von Au festgeschrieben.

Nur die örtliche SVP hat sich für den Mindestabstand ausgesprochen und sah sich mit einem Gegenkomitee aus Gemeinderat, Wirtschaftsvertretern, Verbänden und zuletzt auch noch der Regionalzeitung «Rheintaler» konfrontiert.

### Aber leider sagt Chur überdeutlich Ja zum zweiten Windrad im Rheintal

Am Sonntag wurde entschieden, dass nun einem zweiten Windrad nichts mehr im Wege steht. Was aber aufhorchen lassen muss, sind die Aussagen der Initianten, dass auch die Möglichkeit besteht, noch fünf bis sechs weitere Anlagen im Rheintal in Betrieb nehmen zu wollen. Schauen wir

einmal, ob die Churer beziehungsweise Bündner das Rheintal weiter verschandeln wollen.

### Ebenfalls leider ein Nein in Wetzenikon zur SVP-Initiative

Mit rund 57 Prozent haben die Wetzeniker Stimmberchtigten die SVP-Volksinitiative «Mindestabstand von Windrädern» abgelehnt. Auch hier stand die Ortssektion völlig alleine im Abstimmungskampf. Alle Ortsparteien, von der SP über Grüne und GLP – was zu erwarten war – aber auch Die Mitte und FDP, lehnten diese Vorlage ab.

Nehmen wir die drei positiven Entscheide auf kommunaler und kantonaler Ebene zum Anlass, weiter für eine sinnvolle Energiepolitik einzustehen. Unsinniges und rein Grün-Ideologisches gilt es, mit vollem Engagement zu bekämpfen.

Aber gerade auch die masslose und ungeregelter Zuwanderung ist weiterhin ein Treiber des Energie- und Asylfiskos. Deshalb: unbedingt weiter Unterschriften für die Grenzschutz-Initiative sammeln und die Unterschriften umgehend einreichen. Herzlichen Dank!



von  
**Marco Calzimiglia**

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Verfehlte Wohnungspolitik von Linksgrün



**Markus Bopp**  
Kantonsrat SVP  
Otelfingen

ähnliches Modell und kann hierbei als negatives Beispiel beigezogen werden. Im besagten Kanton ist der Zustand der Wohnungen massiv schlechter als in Zürich, weil der Anreiz für Sanierungen nicht vorhanden ist. Beispielsweise sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Genfer Liegenschaften deutlich höher als im Kanton Zürich – auch dies eine klare Folge der fehlenden wirtschaftlichen Anreize für Wärmedämmungen. Der Grundsatz «weniger Staat – mehr Freiheit» hilft hier als Orientierung. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion das linke Anliegen ab.

Auch das dritte linke Volksbegehren mit dem Titel «Wohnungsinitiative» wird von der SVP-Fraktion bekämpft. Hierbei fordern die Initianten eine neu zu gründende kantonale Anstalt, welche mit 500 Millionen Franken ausgestattet wäre und den gemeinnützigen Wohnungsbau wie auch das selbstbewohnte Wohneigentum fördern müsste. Die Forderung nach mehr staatlichen Eingriffen in den Wohnungsmarkt ist aus Sicht der SVP der falsche Weg. Das Hauptproblem für die gestiegenen Preise liegt im Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Es leben immer mehr Menschen im Kanton Zürich.

Parallel dazu steigt die Kaufkraft sowie die Anforderungen dieser Menschen an die Wohnungen. Das alles führt zu einer ungesunden und übermässigen Nachfrage. Der Hauptfokus muss somit nicht auf der Bewältigung der hohen Nachfrage, sondern auf deren Eindämmung liegen.



Die drei Initiativen aus dem linksgrünen Lager fokussieren auf die falschen Schwerpunkte.

Bild: Adobe Stock

## Sie möchten inserieren?

### Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



## DIE EINST MÄCHTIGSTE FRAU ZÜRICH'S

## Das bewegte Leben von Fürstäbtissin Katharina von Zimmern

Im Rahmen der von den Andelfinger «Frauen unterwegs» organisierten Vortragsabende stand jüngst die letzte Fürstäbtissin des Zürcher Fraumünsters Katharina von Zimmern in einem Referat von Barbara Hutzl-Ronge im Zentrum.

RoMü. Am ersten Vortragsabend der Andelfinger «Frauen unterwegs» am vergangenen Montagabend im Kirchgemeindehaus Andelfingen wurde das Leben der letzten Fürstäbtissin vom Zürcher Fraumünster thematisiert. Im Zentrum des Abends stand das Referat von Barbara Hutzl-Ronge, die sich als Autorin und Stadtführerin in Zürich einen Namen geschaffen hat. Im vergangenen Jahr erlebte ihr Werk «Zürich – Spaziergänge durch 500 Jahre überraschende Stadtgeschichten» bereits die vierte Auflage. Somit ist die 62-jährige gebürtige Österreicherin, welche nun bald seit 40 Jahren in der Limmatstadt lebt, mit der bewegten Zeit während der Reformation sehr vertraut. «Katharina von Zimmern war die wichtigste und fantastischste Frau von Zürich», hielt die Buchautorin und Stadtführerin fest. Das Interesse an dieser Frau geht auf 2017 zurück, als ihr dieser Name zugewandt wurde. «Viele kennen diese Frau gar nicht, deshalb bin ich in dieses Thema reingekniet», hielt sie einleitend fest. Sie nahm dabei die Vortragsteilnehmerinnen mit einem sehr lebhaften und verständlich vorgebrachten Vortrag auf eine spannende Reise durch das Leben dieser Frau aus dem süddeutschen Hochadel mit. Eindrucksvoll und mit viel Fachwissen zeigte sie das durchaus bewegte Leben einer starken Frau auf, was ihr bereits in vielen Bereichen von ihrer Mutter, vor allem während der Kindheit und der jungen Jahre, mitgegeben und vorgelebt wurde. Katharina von Zimmern war mit Blick auf die Reformation in Zürich eine sehr bedeutungsvolle Frau. Zuerst musste ihr Vater und später ihre Mutter zusammen mit ihr und ihren Geschwistern, welche auf Schloss Messkirch rund 55 km nordöstlich von Andelfingen residierten, fliehen; sie fanden in Weesen am Walensee Asyl.

### Seit 1591 in Zürich zu Hause

Seine beiden Töchter, Anna und die damals jüngere, 13-jährige Katharina, traten 1491 nicht ganz freiwillig in das vom Adel geprägte Kloster Fraumünster in Zürich ein. Damit begann für die junge Katharina von Zimmern in jenem Kloster, in das nur Frauen aus dem Hochadel eintreten konnten, der grosse gesellschaftliche Aufstieg. Wohl verzichtete sie 1494 mit der Annahme des Schleiers weitgehend auf das Familienerbe, was aber ihrer Zukunft keinen Schaden zuführte. Mit bereits 18 Jahren wurde sie zur Äbtissin gewählt, womit sie zur mächtigsten Frau in Zürich wurde. Damit stand sie einer Abtei vor, welche über einen enormen Besitz verfügte. 1519 kam der sechs Jahre jüngere Huldrych Zwingli als Leutpriester ans Grossmünster nach Zürich, was ihr weiteres Wirken stark beeinflusste. Sie kannte ihn bereits aus einer Jugendfreundschaft, welche sich während ihrer zwei Jahre in Weesen angebunden hatte. Obwohl er ihr immer wieder mit viel Kritik begegnete, prägte sich sein Wirken bei ihrem eigenen Handeln immer ein. Ihre wohl gewichtigste Amtshandlung vollzog sie während der Reformation 1524. Mit der Übergabe des Klosters Fraumünster und somit mit dem gesamten Besitztümern an die Stadt Zürich sorgte sie für eine weitere friedliche Fortsetzung der von Huldrych Zwingli angestossenen Reformation. Damit endete auch die Geschichte des Fraumünsters als Kloster. Zugleich wurden alle weiteren Klöster in der Stadt aufgehoben.

Sie blieb noch ein Jahr in Zürich, sie delte danach nach Schaffhausen um, wo sie den Söldnerführer Eberhard von Reischach heiratete. Er war aber wegen einem Todesurteil aus Zürich verbannt. Später zogen sie nach Diessenhofen TG um, wobei sie mit 47 Jahren noch zwei



**Eindrucksvoll und mit vielen lebhaften, spannend geschilderten und verständlich vorgetragenen Einzelheiten zeigte die Buchautorin und Stadtführerin Barbara Hutzl-Ronge das eindrucksvolle Leben der letzten Zürcher Fürstäbtissin Katharina von Zimmern auf.**

Bild: RoMü

Mal Mutter wurde, 1529 wurde ihr Gatte in Zürich rehabilitiert, sodass eine Rückkehr nach Zürich möglich wurde. An der Seite von Zwingli fiel Eberhard von Reischach in der Schlacht bei Kappel. Die letzte Fürstäbtissin wohnte bis zu ihrem Ableben mit 70 Jahren am Neumarkt in Zürich. Abschliessend bedauerte die Referentin den Umstand, dass weder ein Platz noch eine Strasse an die einst mächtigste Stadtzürcherin erinnern. Erst Anfang dieses Jahrhunderts wurde auf private Initiative mit einem Verein ihrer gedacht. So erinnert eine mehrteilige Denkmalstätte im Kreuzgang des Fraumünsters, wo unter anderem 11 000 Kilogramm Kupfer aufgeschichtet sind, an die letzte Fürstäbtissin. Dabei ist ihre Aussage bei der Übergabe der Abtei an die Stadt festgehalten: «Die Stadt vor Unruhe und Ungemach bewahren und tun, was Zürich lieb und dienlich ist.»

### Seit zehn Jahren sind die Frauen unterwegs

Hinter dem von der reformierten Kirchgemeinde Andelfingen getragenen Projekt «Frauen unterwegs» steckt ein Frauenteam, welches pro Jahr jeweils in der Regel vier sich ausschliesslich an Frauen richtende Veranstaltungen organisiert. Diese Institution wurde vor zehn Jahren durch die Pfarrerin Dorothea Fulda Bordt ins Leben gerufen. «Ein Team von sieben bis acht Frauen plant, bereitet und führt die spezifisch auf verschiedenste Frauenthemen ausgerichteten Anlässe durch», erklärte Dorothea Fulda Bordt, die diese Gruppe leitet. «Wir möchten dabei über ein Thema oder unseren Glauben nachdenken, etwas Sinnliches erleben, etwas Kreatives gestalten, zusammen lachen, das gesellige Zusammensein und den persönlichen Austausch geniessen», heisst es im entsprechenden Flyer. Zugleich tragen diese Frauenanlässe, welche mehrmals im Jahr stattfinden,

auch dazu bei, etwas miteinander zu erleben. «Je nach Thematik und Interesse nehmen jeweils 15 bis 25 Frauen daran teil», erklärte Alexandra Kess vom Frauenteam. Die Vielfalt der Themen widerspiegelt sich auch im diesjährigen Programm. Nach dem ersten Vortrag ist durch die «Frauen unterwegs» Maya Onken am 8. April zu einem Abend zur Resilienz eingeladen worden. Im September geht es um Frauenfreundschaften, wo Janine Oesch auftreten wird. Der Jahreskreis wird im November mit dem traditionellen Kranzen abgeschlossen. Im laufenden Jahr wird man für einen fünften Anlass einmal das Kirchgemeindehaus verlassen, um am 12. Juni bei einem Ausflug unter der Führung von Andrea Thali die Flughafenkirche in Kloten kennenzulernen.

## SVP USTER

## Regierungspräsidentin Natalie Rickli zu Gast

Anlässlich des Sponsoren- und Gönneranlasses der SVP Uster gab Regierungspräsidentin Natalie Rickli Einblick in die Regierungstätigkeit und sprach über die aktuellen Herausforderungen in der Gesundheitspolitik.

Parteiarbeit, Wahlkampf wie auch Abstimmungen sind neben grossem ehrenamtlichem Engagement stets mit finanziellen Herausforderungen verbunden. Die SVP Uster hat deshalb vor einigen Jahren den Sponsoren- und Gönneranlass ins Leben gerufen. Dies dient dazu, den Gönnerinnen einen tollen Abend im Gegenzug zur geschätzten Unterstützung zu bieten. Eine besondere Wertschätzung für die Teilnehmenden war der Besuch von Natalie Rickli, welche den Kanton Zürich im Amtsjahr 2024/25 als Regierungspräsidentin repräsentiert. Sie gab aus erster Hand Einblick in die Regierungsarbeit und die Schwerpunkte der Kantonsregierung. Dazu gehört auch eine gute Gesundheitsversorgung, wofür sich Rickli als Vorsteherin der Gesundheitsdirektion seit Mai 2019 engagiert.

### Mehr Eigenverantwortung, weniger staatliche Intervention

In Gesprächen mit der Bevölkerung durfte sie feststellen, dass die Zürcherinnen und Zürcher zufrieden seien mit der Gesundheitsversorgung, die Krankenkassenprämien aber zunehmend eine Belastung darstellten. Auch die Gesundheitsversorger, Spitäler, Arztpraxen usw. seien mit Herausforderungen konfrontiert: z.B. führt das Bevölkerungswachstum und die immer älter werdende Bevölkerung zu einer steigenden Nachfrage und einer Akzentuierung des

Fachkräftemangels. Die steigenden Betriebskosten aufgrund von Teuerung und Personalmassnahmen bei teilweise nicht kostendeckenden Tarifen würden die Akteure ebenso belasten. Der Regierungsrat sehe sich deshalb zunehmend mit wichtigeren Forderungen konfrontiert; seitens der Verbände, der Leistungserbringer, aber auch aus dem Kantonsrat. «Wird keine schnelle Lösung für ein Problem gefunden, rennen alle gleich zum Staat und fordern finanzielle Unterstützung, weil ja alle wichtig und systemrelevant sind.» Rickli ermahnte jedoch: «Je mehr der Staat eingreift, desto stärker wird die Verantwortung von den einzelnen Akteuren auf die öffentliche Hand abgewälzt. Das führt dazu, dass Eigeninitiative und Weiterentwicklung gehemmt werden.» Jeder einzelne Akteur im Gesundheitswesen müsse seinen Beitrag leisten, so ihr Appell. Mehr Eigenverantwortung, weniger staatliche Intervention.

Es folgte ein gemütlicher Ausklang des Abends bei gemeinsamem Spaghetti-Essen und angeregten Gesprächen. Ein besonderer Dank gilt allen Teilnehmenden und Sponsoren, die mit ihrem Engagement die bürgerliche Politik in Uster ermöglichen – und damit einen wichtigen Beitrag für Uster und den ganzen Kanton leisten.

Patrick Borer,  
Vorstand SVP Uster



**Regierungspräsidentin Natalie Rickli spricht am Sponsorenanlass der SVP Uster.**

Bild: SVP Uster

### MILIZPOLITIK: WIE GELINGT DER EINSTIEG?

Die SVP Stäfa lädt zum gemütlichen Austausch bei Bier und Burger mit hochkarätigen Politikern aus der Region.

**CHF 35.– pro Person (inkl. Apéro, Hamburger mit Beilagen und Mineral).**

**Anmeldungen bis 15. März an [vorstand@svp-stafa.ch](mailto:vorstand@svp-stafa.ch)**

**FREITAG, 21. MÄRZ 2025**  
**18:30 UHR, SUNSHINE HILL STÄFA**

Präsident SVP Stäfa  
Lukas Bubb

Nationalrätin  
Nina Fehr Düsel

Alt-Bundesrat  
Ueli Maurer

Kantonsrätin  
Marion Matter

Gemeinderat Küsnacht  
Adrian von Burg

Ab 18:30 UHR – APÉRO  
Ab 19:30 UHR – ESSEN + REFERATE

**Sunshine Hill, Bergstrasse 202, 8712 Stäfa**

**SVP Stäfa**

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP USTER

## Uster sagt Nein zum überteuerten Landkauf – Eine weitere Niederlage für den Stadtrat!

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Uster haben gesprochen: Das überteuerte Kaufvorhaben der Liegenschaft an der Wagenstrasse 47 wurde deutlich abgelehnt! Die SVP Uster begrüßt dieses klare Zeichen gegen die verantwortungslose Finanzpolitik des linksgrünen Stadtrates und dankt allen, die sich gegen diese unnötige Steuergeldverschwendungen eingesetzt haben.

Nach der krachenden Niederlage beim Projekt «Untere Farb» fährt der Stadtrat erneut eine Abstimmungsschelte ein. Es ist offensichtlich: Die Stadtregierung und die linke Ratsmehrheit politisieren am Volk vorbei. Die vergangene Abstimmung zeigt einmal mehr: Die Bevölkerung lässt sich keine teuren Prestigeprojekte aufzwingen, die weder wirtschaftlich sinnvoll noch dringend nötig sind.

### Erfolg für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

Das Nein zum Landkauf bewahrt die Stadt vor einer Fehlinvestition in Höhe von 8,75 Millionen Franken, die weit über dem stadtigen Schätzwert ist. Hinzu kommen jährlich 545 000 Franken an Folgekosten – ein finanzielles Fass ohne Boden.

«Die Ustermerinnen und Ustermer haben heute klargemacht, dass sie eine vorausschauende Finanzpolitik wollen – und keine Spekulationen auf Kosten der Steuerzahler. Es ist höchste Zeit, dass der Stadtrat diesen Kurswechsel

versteht», erklärt Gemeinderat Daniel Schnyder, Präsident der SVP Uster.

### Stadtrat muss endlich die Realität anerkennen

Die SVP Uster hat sich von Beginn an gegen diesen Kauf gestellt, weil er ohne konkretes Nutzungskonzept und ohne tragfähige Finanzstrategie umgesetzt worden wäre. Zum zweiten Mal innert kurzer Zeit zeigt das Stimmvolk, dass es die linksgrüne Ausgabenpolitik nicht mitträgt. «Die Bevölkerung will eine vernünftige, wirtschaftlich tragbare Stadtentwicklung – nicht blindes Wunschenken und ideologische Projekte», so Gemeinderat Andres Ott.

### Dank an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die SVP Uster bedankt sich herzlich bei allen, die das Referendum unterstützt und mit ihrem Nein ein Zeichen für eine finanzpolitisch solide und bürgernahe Politik gesetzt haben. «Der Stadtrat wäre gut beraten, künftig näher an der Bevölkerung zu politisieren. Die

Menschen in Uster erwarten wirtschaftliche Vernunft statt teurer Experimente», fasst Gemeinderat Markus Ehrenberger, Fraktionspräsident der SVP, das Abstimmungsergebnis zusammen.

SVP Uster



**Die Bevölkerung Usters lässt sich keine teuren Prestigeprojekte aufzwingen, die weder wirtschaftlich sinnvoll noch dringend nötig sind.**

Bild: Adobe Stock

## DIE VERFASSUNG DER IDEOLOGIE GEOPFERT

## Die Baudirektion missachtet die Gemeindeautonomie weiterhin

Die Bauordnungen der Gemeinden unterliegen der Genehmigungspflicht durch die kantonale Baudirektion. Dies gilt im Besonderen für die Abstandsvorschriften. Unbesehen des konkreten Falles ist die Ideologie Trumpf.



**Karl Spühler**  
Alt Bundesrichter SVP  
Winterthur

Als erste Gemeinde ist Hittnau das Opfer. Die Baudirektion genehmigte die Abstandsvorschriften für Windenergieanlagen, welche in der Gemeinde Hittnau demokratisch erlassen worden sind, nicht. Weitere Nichtgenehmigungen werden folgen. Wer als rechtstaatlich-demokratisch denkender Jurist und Staatsbürger den Nichtgenehmigungsentscheid der Baudirektion objektiv liest, wird stutzig. Wichtige Elemente fehlen nämlich. Die massgebenden Bestimmungen der Bundesverfassung und der Zürcher Kantonsverfassung sowie gewisse Gesetzesbestimmungen werden überhaupt nicht erwähnt; sie würden der Ideologie widersprechen. Deshalb fehlt jede Auseinandersetzung mit ihnen.

**Wo bleibt die Gemeindeautonomie?**  
In der Bundes- und der Zürcher Kantonsverfassung ist die Gemeindeautonomie fest verankert. Sie gilt – so das

Bundesgericht – im Kanton Zürich in besonderem Masse. Nicht nur die Bestimmungen über die Gemeindeautonomie werden mit keinem Wort erwähnt, sondern auch Artikel 1 Absatz 4 der Kantonsverfassung, wo es wörtlich heißt: «Der Kanton anerkennt die Selbstständigkeit der Gemeinden.» Der Ideologie des Herrn Baudirektors Martin Neukom steht dies entgegen, also erwähnt man es nicht. Man behauptet einfach frisch-fröhlich, die Gemeinden hätten kein Recht, im ganzen Gemeindegebiet zu legiferieren. Derweil heißt es in der Bauordnung der Gemeinde Hittnau in Artikel 1: «Das Gemeindegebiet wird, soweit es sich nicht um Wald handelt,...» Die Gemeindeordnung Hittnau bestimmt, wie übrigens viele Bauordnungen im Kanton Zürich, somit über das ganze Gemeindegebiet, soweit es sich nicht um Wald handelt. Dieselbe Baudirektion genehmigte nämlich vor Jahren vorbehaltlos den erwähnten Artikel. Dieser ermächtigt die Gemeinde, ausser über den Wald über das ganze Gemeindegebiet zu legiferieren.

Heute verkündet sie das Gegenteil. Sie handelt aus rein ideologischen Gründen dem Prinzip von Treu und Glauben zuwider. Dieses ist auch in der

Bundesverfassung garantiert, was der Baudirektion offensichtlich egal ist. Man darf sich fragen: Ist die Verfassung für die Baudirektion lediglich ein Papierfetzen? So dann ist auffällig, dass die Baudirektion auf einige weitere gewichtige Argumente der Gemeinde Hittnau gar nicht eingeht. So werde nach dieser u.a. der Aussichtsschutz und eine einwandfreie Umgebungsgestaltung in der Gemeindebauordnung für das ganze Gemeindegebiet geregelt; auch diese Bestimmungen wurden von derselben Baudirektion genehmigt. Hat die Baudirektion nie etwas vom ebenfalls prominenten Anspruch auf rechtliches Gehör gehört? Weiss die eine Hand vor lauter grüner Ideologie nicht mehr, was die andere Hand getan hat?

**Rechtskräftiger Richtplan fehlt**  
In der Verfügung der Baudirektion wird richtigerweise ausgeführt, es bedürfe für Windenergieanlagen eines Eintrages im Richtplan. Dabei wird jedoch verschwiegen, dass es bis heute an einem rechtskräftigen Richtplan fehlt. In diesem Zusammenhang führt die Baudirektion zutreffend aus, für die Festlegung im Richtplan seien alle relevanten Schutzzonen in eine Interessenabwägung einzubringen. Dazu bedürfe es einer Einzelfallbetrachtung. Eine solche sucht man aber in der Gemeinde Hittnau betreffenden Verfügung vergeblich. Eine Einzelfallbetrachtung wäre ohne Weiteres möglich gewesen, da in der Gemeinde Hittnau nur zwei Standorte für Windräder ernstlich infrage kommen.

Salopp kommt die Baudirektion zum Schluss, die demokratisch erlassene Ergänzung der Bauordnung der Gemeinde Hittnau sei unzweckmäßig und deshalb nicht zu genehmigen. Es ist anzunehmen, dass die Baudirektion in anderen Gemeinden analog vorgehen wird.

### Verfassung geht vor

Der Kern der Auseinandersetzung liegt im Verfassungsrecht: Die Bundesverfas-



Die Bundesverfassung steht auf der obersten Stufe des schweizerischen Rechtssystems.

Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern / Rob Lewis

## DOPPELTICKET FÜR DIE BUNDESRATSWAHLEN

## Wahrheit in der «Mitte»

Bei der Vorstellung des Doppelvorschlags für die Bundesratswahlen bekräftigte Mitte-Parteipräsident Gerhard Pfister: «In der Vergangenheit hat die Mitte-Fraktion die Tickets anderer Parteien immer respektiert. Und wir erwarten von der Bundesversammlung ebenfalls, dass sie unser Ticket respektiert.»



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

SVP-Doppelticket und sorgten so dafür, dass nur mit einer einzigen Stimme Unterschied der nominierte Ueli Maurer gewählt wurde.

Doch diesmal dürften die Fraktionen das Mitte-Ticket akzeptieren. Die Mitte hat Glück, dass die übrigen Parteien weniger heucheln.

Soeben erklärte Mitte-Fraktschef Philipp Matthias Breyer: «Man kann nicht 80 Prozent Bundesrat sein. 100 Prozent reichen auch nicht, das ist ein 200-Prozent-Job.» Ohne Sonntagsarbeit ginge das nicht. Dabei hatte die CVP darauf geachtet, wenigstens den Sonntag heilig zu halten. Doch fertig damit. Man begreift jetzt, warum in der CVP/Die Mitte-Partei das «C» verloren gegangen ist. Denn jetzt brauchen Bundesräte den Sonntag nicht mehr heilig zu halten.

Doch die 200-Prozent sind auch wieder eine CVP/Die Mitte-Wahrheit. Als ehemaliger Bundesrat kann ich Ihnen sagen: Ein Bundesrats-Job ist ein maximal 100-Prozent-Job!



Die Mitte hat Glück, dass die übrigen Parteien im Parlament weniger heucheln.

Bild: Pixabay

sung geht vor. Alle Gesetze haben sich an die Bundesverfassung zu halten. Dies verkennt Herr Baudirektor Neukom. Er tut dies öffentlich kund in einem aktuellen Statement im Tages-Anzeiger. Ihm ist ganz offensichtlich die linksgrüne Ideologie wichtiger als die Ver-

fassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Anzumerken ist: Viele Bürgerinnen und Bürger – vor allem auch Rechtsgelehrte – verstehen unter rechtstaatlicher Demokratie und Verfassungstreue etwas anderes.

## Neue Normalität?

**01.02.2025, Rothrist (AG)**

Messerstecherei vor der Asylunterkunft -  
Afghanischer Asyl-Migrant sticht mit Messer auf Landsmann ein

Quelle: Tele M1, 01.02.2025

**03.02.2025, Schweiz**

Marokkaner festgenommen - der Intensivtäter, der in Deutschland 180 Straftaten begangen hat, konnte aufgrund offener Grenzen unbewilligt in die Schweiz reisen

Quelle: Blick, 03.02.2025

**05.02.2025, Baselland**

Die Polizei meldet im Zusammenhang mit letzte Woche begangenen Diebstählen die Festnahme von 4 Algeriern und 2 Marokkanern.

Quelle: Polizei Basel-Landschaft, 05.02.2025

**07.02.2025, Olten (SO)**

Nach Einbruch in Mehrfamilienhaus -  
Algerier (16) und Marokkaner (14) festgenommen

Quelle: Oltner Tagblatt, 07.02.2025

**Jetzt Grenzschutz-Initiative unterschreiben!**

www.grenzschutzinitiative.ch



Die Partei der Milizionäre

von  
Marion Matter

## Happy Valentine's Day!

Heute, am 14. Februar, feiern wir bekanntlich Valentinstag. Oder auch nicht. Ich für meinen Teil verzichte gerne auf diesen «Tag der Liebe». Denn er ist ein reines Importprodukt aus dem angelsächsischen Raum, das mit unserem traditionellen Brauchtumskalender gar nichts zu tun hat und hierzulande lediglich dem Kommerz dient. Im Übrigen, und lassen Sie sich das von einer Frau gesagt sein, freue ich mich viel mehr darüber, wenn mich mein Mann an einem anderen Tag spontan mit einem Blumenstrauß überrascht.

Generell geht mir diese Feiertage-Importitis gehörig auf die Nerven. So verkleiden sich unsere Kinder und Jugendlichen am 31. Oktober für «Halloween» möglichst gruselig, klingeln an jeder Tür – ob man es nun möchte oder nicht – und verlangen lautstark nach Süssem oder Saurem. «Halloween» ist oftmals mit Vandalismus und zerstörischen Energien von Jugendlichen verbunden. Aber wer ärgert sich schon über einen gesprengten Briefkasten oder Schmiereien – es ist schliesslich «Halloween»! Dass man gerade deswegen vor einigen Jahren die lange und beliebte Tradition des Zürcher Schulsilvesters abgeschafft hat, who cares?

Neuerdings hat sogar ein Schweizer Grossverteiler die grosse Masse an muslimischer Kundschaft entdeckt und bietet allerlei Produkte an, um den Fastenmonat «Ramadan» zu begehen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch der orangefarbene Riese auf diesen Zug aufspringt. Verständlich, denn es handelt sich bei rund 450'000 Musliminnen und Muslimen in der Schweiz, Tendenz steigend, um ein nicht zu verachtendes Kundenpotenzial. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Manchmal frage ich mich ernsthaft, wie lange es dauert, bis sich Herr und Frau Schweizer in ihrer Angepasstheit an «Thanksgiving» Ende November einen Truthahn in den Ofen schieben. Dabei besitzen wir in der Schweiz, in den Kantonen, ja selbst in den einzelnen Gemeinden ein so wunderbares, lebendiges Brauchtum, dass wir all das gar nicht nötig haben. Ich denke neben den kirchlich-christlichen Feiertagen wie beispielsweise dem Erntedankfest an die Silvesterkläuse im Appenzellerland, die Basler und die Luzerner Fasnacht, den Chalandamarz im Engadin, die Winzerfeste in der Romandie, die stimmungsvollen Räbeliechtli-Umzüge, das Sechseläuten, das Knabenschiessen oder das Albanifest in unserem Kanton Zürich. Und viele, viele andere Bräuche mehr. Bei all der Zuwanderung der letzten Jahre und damit verbunden einer Verwässerung unserer Kultur sollten wir umso mehr auf unsere aussergewöhnlichen Bräuche und Traditionen stolz sein und diese wieder bewusster begehen. Denn es sind nebst vielen anderen Besonderheiten auch diese Brauchtümer, die unser Land so einzigartig und unvergleichlich machen. Wer braucht da schon den Valentinstag oder gar «Halloween»? Etwas mehr Schweiz, bitte!

## Fadegrad

## AUS DEM SCHLIEREMER GEMEINDERAT

### SVP kämpft gegen Steuerverschwendungen der «Grünen Mitte»

Die SVP verzeichnete in Schlieren zusammen mit den bürgerlichen Parteien FDP, Mitte und EVP an den letzten zwei Parlamentssitzungen einige Erfolge.



**Thomas Grädel**  
Gemeinderat und  
Fraktionspräsident SVP  
Schlieren

In der Januardebatte legte der Stadtrat die Vorlage der «Grünen Mitte» dem Parlament vor. Seit 2018 will die Bevölkerung, dass der Stadtpark im Zentrum erweitert wird, da seit diesem Zeitpunkt

die Staatsstrasse mit dem Bau der Limattalbahn versetzt wurde. Doch anstatt endlich den Entwurf eines Projekts vorzulegen, lag lediglich der Kreditantrag über 420'000 Franken für einen Projektwettbewerb vor. Die SVP forderte keine weiteren Verzögerungen mit einem teuren Wettbewerb und verlangte von Stadtrat und Verwaltung konkrete Vorschläge zur «Grünen Mitte». Dies sollte dem Stadtrat sowie der Abteilung Bau und Planung leicht fallen, da die Verwaltung bereits umfangrei-

che Vorarbeiten tätigte, indem sie die Bevölkerung miteinbezog. So konnte der Stadtrat bereits erfahren, was sich die Bevölkerung unter einer «Grünen Mitte» vorstellt.

In der Parlamentssitzung entbrannten heftige Diskussionen, ob ein Projektwettbewerb der richtige Weg ist. Nach langer Debatte und mit einer unüblichen, geheimen Abstimmung erreichte der Kreditantrag und Projektwettbewerb keine Mehrheit. Das Ergebnis lautete, bei einer Enthaltung, 16 Ja- und

16 Nein-Stimmen. Da bei geheimer Abstimmung eine Mehrheit verlangt wird, hatte der Antrag der SVP einen Erfolg erzielt: Der Kreditantrag wurde somit abgelehnt. Die SVP und die Bevölkerung sind nun gespannt auf die Projektvorschläge des Stadtrates und hoffen auf eine baldige Umsetzung.

#### Überflüssige Aufblähung des Verwaltungsapparates

Bei der Budgetdebatte im Dezember 2024 konnte dank einiger Streichungen von nicht zwingenden Ausgaben der Antrag einer Steuererhöhung der Linken und Grünen verhindert werden. Mit der Streichung von einer halben Million Franken konnte die Erstellung einer weiteren Flüchtlingsunterkunft an einem neuen Standort verhindert werden.

Ein anderer wesentlicher Teil war der Verzicht auf eine Aufblähung des Verwaltungsapparates in der Stadt und in der Schulverwaltung in Schlieren. Der Stadtrat wollte eine neue 100%-Stelle im Bereich Nachhaltigkeit schaffen, damit die Netto-Null-Ziele des Bundes in Schlieren früher erreicht werden können. Der vom Stadtrat geplante Austritt aus der Gasversorgung auf 2030 in zwei Quartieren von Schlieren lässt grüßen. Doch die geplanten Einsparungen und Massnahmen der bürgerlichen Parteien torpedierte nun der Stadtrat. Er will diese «Nachhaltigkeitsstelle» und weitere Stellen in der Schulverwaltung trotz der Streichung und fehlender finanzieller Mittel besetzen. Dieses Vorgehen der Verwaltung und des mehrheitlich linken Stadtrates (2 SP, 1 GLP und 1 Parteilose) werden sich die Parteien SVP, FDP und Die Mitte nicht gefallen lassen. Das letzte Wort ist somit noch nicht gesprochen. Eine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat wird das unredliche Vorgehen regeln.



Die SVP verzeichnete in Schlieren an den letzten zwei Parlamentssitzungen einige Erfolge.

Bild: Adobe Stock

## RAHMENABKOMMEN UND STÄNDEMEHR

### Braucht es überhaupt noch Kantone?

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK) hat dieser Tage mit 15 zu 10 Stimmen (neun davon von der SVP) beschlossen, das Rahmenabkommen nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Damit wird auch auf das Erfordernis des Ständemehrs verzichtet und die APK befindet sich in der Gesellschaft der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), einem nicht in der Bundesverfassung verankerten Gremium ohne Entscheidungsbefugnis.



**Christian J.  
Huber-Schwarz**  
Alt Regierungsrat SVP  
Pfäffikon

Dass die KdK das Rahmenabkommen begrüßt, vermag nicht weiter zu erstauen. Ihr Präsident, der Aargauer Finanzdirektor Markus Dieth, und ihr Generalsekretär Roland Mayer sind als glühende EU-Turbos bekannt. Deshalb ist die KdK bisher auch immer der Frage ausgewichen, ob ein Rahmenabkommen dem obligatorischen Referendum und damit dem Ständemehr unterstellt werden soll. Offensichtlich will man sich ins Rahmenabkommen hineinschlaumeiern.

#### Ein Skandal sondergleichen

Zur DNA der Schweiz gehören Föderalismus, halbdirekte Demokratie, Steuerkonkurrenz und Subsidiarität. In diese DNA würde das Rahmenabkommen massiv eingreifen. Der Historiker Oliver Zimmer, der von 2005 bis 2021 an der Universität Oxford Geschichte lehrte, bezeichnet es denn auch als Skandal, dass die KdK kein Ständemehr bei der Abstimmung über ein EU-Abkommen einfordere. In der Tat würde auch die Souveränität der Kantone mit einem Rahmenabkommen in der vorliegenden Form massiv eingeschränkt. Wenn man sich vor Augen hält, dass etwa bei der Abstimmung über die Hornkuh-Initiative das Ständemehr erforderlich war, würde eine Abstimmung über das Rahmenabkommen ohne Erfordernis des Ständemehrs vollends zur Posse.

Zur Frage eines Ständemehrs hält sich die KdK, wie erwähnt, bedeckt. Wie geht es weiter? Zuerst werden der Bundesrat und dann National- und Ständerat entscheiden. Ob sich die Ständeräte Daniel Jositsch und Tiana Angelina Moser dannzumal als Vertreter eines Standes verstehen, ist offen. Tiana An-

gelina Moser jedenfalls hat bisher immer stramm mit der SP abgestimmt.

#### Die Schweiz neu gliedern?

Denkt man den von der APK und voraussichtlich auch von der KdK eingeschlagenen Weg weiter und geht ihn zu Ende, bräuchte die Schweiz gar keine

Kantone mehr, weil diese bei einem Rahmenabkommen nur noch eine untergeordnete Rolle spielen könnten bzw. dürften. Damit würde sich sofort die Frage stellen, ob es die Kantone in ihrer heutigen Ausgestaltung überhaupt noch braucht oder ob man die Schweiz nicht zweckmässigerweise entsprechend den Sprachregionen in vier Verwaltungsbezirke aufteilen könnte. Damit könnte man sich nicht nur die Konferenz der Kantonsregierungen, sondern auch viel Geld sparen.



Denkt man den von der APK und voraussichtlich auch von der KdK eingeschlagenen Weg weiter und geht ihn zu Ende, bräuchte die Schweiz gar keine Kantone mehr.

Bild: Adobe Stock

## MONOPOLY IM NAHEN OSTEN

## Trumps makaberer Gaza-Plan

Die Idee des US-Präsidenten Donald Trump, die Palästinenser aus dem Gazastreifen zu vertreiben, wäre nicht nur ein Bruch des Völkerrechts. Sie ist auch kaum durchdacht und erinnert eher an ein unternehmerisch motiviertes Kolonialabenteuer.



**Sean Burgess**  
Kommunikation & Redaktor  
Der Zürcher Bote  
SVP Kanton Zürich

Das Projekt des selbsternannten Deal-makers, den Gazastreifen zu übernehmen, hat etwas von Monopoly. Er stellt sich vor, das Gebiet «aufzuräumen» und dann wirtschaftlich so zu entwickeln, dass aus dem Küstenstreifen die «Riviera des Nahen Ostens» wird. Diese Vision, so wie sie von ihm selbst präsentiert wird, mag in der Theorie attraktiv klingen. In gewissem Massse hat Trump recht, wenn er darauf hinweist, dass das Leben im Gazastreifen unter den derzeitigen Bedingungen kaum möglich ist – das Gebiet gleicht einer weitgehend zerstörten Baustelle.

Glanz und Glamour à la Hollywood oder Saint-Tropez – diese Vorstellung soll der Gazastreifen also versprechen, wie er von Donald Trump imaginiert wird. Aufschlussreich ist Trumps Ausdrucksweise bereits sprachlich, bemerkte der britische Autor W. Somerset Maugham doch: «Die Riviera ist ein soniger Ort für zwielichtige Gestalten.» In Gaza herrschen jedoch weitaus düstere Bedingungen.

### Neu- statt Wiederaufbau: Eine fragwürdige Hoffnung

Ein Neuaufbau des Gazastreifens könnte in der Tat eine zielführendere Option

sein als ein bloßer Wiederaufbau. In utopischer Vorstellung könnte ein solcher Neubeginn zu einer friedlicheren Koexistenz zwischen Palästinensern und Israelis führen. Doch in Trumps Planung ist für die Palästinenser offenbar kein Platz vorgesehen – das Recht auf Rückkehr in das Gebiet spricht er ihnen ab. Stattdessen sollen «die Menschen der Welt», vermutlich wohlhabende Touristen und Investoren, in dem neu entwickelten Gebiet leben.

Welche Art von Nahostpolitik bei einer Wiederwahl Trumps verfolgt würde, liess Jared Kushner, seinerseits der Schwiegersohn Trumps und seit Kindheitstagen eng mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu befreundet, bereits in Trumps erster Amtszeit im Rahmen seines «Jahrhundertplans» 2019 durchblicken. Dabei liebäugelte er damit, dass der Gazastreifen so etwas wie ein «zweites Dubai» werden soll. Seine Aussage vergangenen Jahres, dass in dem Gebiet die «Ufergrundstücke sehr wertvoll» sein könnten, verdeutlichte diese Absichten.

### Zwangsumsiedlung: Ein Verstoss gegen das Völkerrecht

Für Trump sind die Palästinenser dabei ein Hindernis, das entfernt werden muss. Da sie sich nicht freiwillig vertreiben lassen werden, müssten sie zwangsweise umgesiedelt werden. Geplant ist vermutlich eine Umsiedlung in benachbarte Staaten wie Ägypten und Jordanien, was jedoch einen gravierenden

Verstoss gegen das Völkerrecht darstellen würde.

Die beiden Länder lehnen die Unterbringung von Palästinensern aus dem Gazastreifen auf ihrem Land logischerweise vehement ab. Das Problem: Als finanzielle Partner der USA sind sie in einer schwachen Verhandlungsposition und können nur schwer gegen diese Vorstellung angehen, falls Trump seine Pläne weiterverfolgt. Mit finanziellem Druck – womit auch sonst – will Trump seine Interessen durchsetzen und droht mit dem Einfrieren von Hilfszahlungen.

### Profitmotiviertes Abenteuer

Ob Trump den Plan wirklich bis ins Detail durchdacht hat, darf bezweifelt werden. Um seine Vision des Nahen Ostens umzusetzen, müsste das US- oder israelische Militär als Schutztruppe eingesetzt werden – eine Art militärische Absicherung für eine wirtschaftlich motivierte, koloniale Unternehmung. Trotz der neuartigen Ausgestaltung seines Plans erinnert dieser an frühere US-Versuche, den Nahen Osten zu transformieren.

Die Idee, die Region nach eigenen Vorstellungen zu formen, hatte bereits George W. Bush. Sein Versuch, 2003 im



Die angedachte Umsiedlung der Palästinenser aus dem stark zerstörten Gazastreifen würde einen gravierenden Verstoss gegen das Völkerrecht darstellen.

Bild: Pixabay

Irak mit militärischer Gewalt Demokratie einzuführen, mündete in der Zerstörung des Landes, einem jahrelangen Bürgerkrieg und nährte den Boden für die Entstehung des sogenannten «Islamischen Staates». Diese destabilisierten Verhältnisse wirken bis heute nach und haben die gesamte Region in Mitleidenschaft gezogen.

### Destabilisierung als Folge

Die Angst, dass Trumps Pläne eine ähnliche beziehungsweise noch stärkere Destabilisierung des Nahen Ostens mit sich bringen könnten, ist in vielen arabischen Hauptstädten weit verbreitet;

davon abgesehen, dass Israel durch seine militärischen Operationen im Gazastreifen – Schätzungen gehen von bis zu 60 000 Todesopfern aus, darunter etwa 20 000 Kinder – jegliches Vertrauen weit über jenes der arabischen Welt hinaus verloren hat.

Ein Plan, der keinen unabhängigen Palästinenserstaat vorsieht, wird daher von keinem Land in der Region, aber auch den meisten Staaten weltweit – darunter der Schweiz – unterstützt. Die Arabische Liga hat unmissverständlich erklärt, dass der Gazastreifen nicht zum Verkauf steht – auch nicht an den Baulöwen aus Washington D.C.

## LESERBRIEF

## Der Wind für Windräder flaut ab

Unsere Landschaft soll nicht mit industriellen Monsterturbinen verunstaltet werden, denn die Windkraftsynergie spielt in der Schweiz eine kleine Nebenrolle. Die aufwendige Stromproduktion ist gesamthaft in einem tiefen einstelligen Bereich.

Die Grünen haben ihren kurzfristigen Höhenflug hinter sich, würde ich meinen. Ihre Vorhaben greifen zu arg in die Natur ein. Zudem sind sie im Verhältnis zu anderen Energiesystemen schlicht ineffizient. Die Windkraft wird nie eine zentrale Rolle in der Energieversorgung des Kantons spielen. Interessanterweise ist die Unterstützung in rotgrün dominierten Städten laut Umfragen enorm gross. Es verwundert nicht, denn dort werden auch keine Windräder gebaut!

Ein grosses Problem besteht bei der Enteignungsmöglichkeit. Grosse Strom-

konzerne, welche für den Bau von Windkraftanlagen teils subventioniert werden, könnten eine Landeignung einleiten lassen.

Die riesigen Windräder-Bauwerke brauchen ein tiefes Fundament aus Stahlbeton. Zur Wartung werden Zufahrtswege gebaut und die Einspeisung bei dezentralen Orten ist sehr aufwendig. Die Lebensdauer wird lediglich auf 20 Jahre geschätzt. Ein Riesenaufwand in einem gebirgigen Land mit zu wenig Wind.

Darum setzen wir uns weiterhin für einen basisdemokratischen Weg ein und fordern die Mitbestimmung für Gemeinden und Bürger.

Andi Widmer,  
Präsident SVP Laufen-Uhwiesen

## LESERBRIEF

## Der Tanz um die EU

Unser Land steht vor einer bedeutenden politischen Entscheidung. Soll sich die Schweiz durch einen neuen Vertrag enger an die Europäische Union binden? Wer bestimmt über die Zukunft unseres Landes? Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag würden die politischen Entscheidungen klar eingeschränkt. Die Kommissare sowie Bürokraten in Brüssel würden sich in die inneren Angelegenheiten einmischen und die demokratischen Rechte tangieren. Wir wollen wirtschaftlich mit Europa zusammenarbeiten, ohne uns zu unterwerfen. Das von Prof. Hallstein erschaffene EU-Recht kommt einem Ermächtigungsgesetz gleich. Es wird stets behauptet, wir könnten unser Mitspracherecht trotz Rechtsübernahme beibehalten. Das stimmt so nicht, da wir bei Abweichungen gar sanktioniert würden. Von Versprechungen sollten wir uns nicht täuschen lassen. Die Schweiz tut gut daran, unsere Selbstständigkeit, Frei-

heit, Neutralität, Sicherheit und Unabhängigkeit zu bewahren. Dies hat sich bewährt und ist nicht veraltet, wie uns das gewisse Gruppierungen weismachen wollen. Die marode und wirtschaftlich äusserst geschwächte EU würde uns Zuwanderung, Bürokratie und Armut bringen. Es geht nicht an, dass Brüssel diktiert, die Bürgerinnen und Bürger zu schweigen haben, aber Milliarden von Franken bezahlen müssen, um Güter verkaufen zu können! Der vorliegende EU-Vertrag widerspricht zudem fundamental unserem föderalistischen System mit einer direkten Demokratie. Wir wollen weiterhin selbst bestimmen. Deshalb wirtschaftlich Ja zu Europa, aber Nein zur EU. Mein Wille für Freiheit und Unabhängigkeit ist und bleibt ungebrochen.

Kurt Streil-Marti,  
Diessenhofen TG



Kantonsrat  
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

## ein Ersatzmitglied für das Verwaltungsgericht (SVP)

per 1. Juli für die Amtszeit 2025-2031

Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Das Verwaltungsgericht ist insbesondere zuständig für Streitigkeiten betreffend Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrecht, Enteignungsrecht, Steuerrecht, Kausalabgaberecht, Personalrecht, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Submissionswesen, Ausländerrecht, Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Massnahmen nach Gewaltschutzgesetz, Straf- und Massnahmenvollzug, Administrativmassnahmen im Strassenverkehr, Polizeirecht.

### Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in mindestens einem Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts
- Mehrjährige Tätigkeit
  - in einer Verwaltung und/oder
  - an einem Verwaltungsgericht und/oder
  - an einer Vorinstanz des Verwaltungsgerichts und/oder
  - Anwaltstätigkeit mit Schwerpunkt Öffentliches Recht
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997 (LS 175.22).

Umfassende Informationen zum Verwaltungsgericht finden Sie im Internet unter [www.vgrzh.ch](http://www.vgrzh.ch). Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

### Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

<https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen>

**SVP DIGITAL****Teleblocher**

Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sümpfen von Bern**

Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**

Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**

Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**

Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**SVP-STAMM****Bezirk Bülach/Bachenbühlach**

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-bachenbuelach.ch](http://www.svp-bachenbuelach.ch).

**Bezirk Bülach/Embrach**

Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschihsüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**

Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**

Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe [www.svp-staefa.ch](http://www.svp-staefa.ch).

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**

Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-uster.ch](http://www.svp-uster.ch).

**Stadt Winterthur**

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**

Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**

Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

**Einladung zum Polit-Dinner**

SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

**Mit Kantonsrat Paul von Euw****Windkraft**  
«Wie ehrlich ist die Energiestrategie?»

**WANN:**  
**Mittwoch,**  
**5. März 2025**  
**19.00 - 21.30 Uhr**

**PROGRAMM:**  
19:00 Uhr Apéro  
19:30 Uhr Nachtessen  
auf Kosten der Teilnehmer  
20:30 Uhr Referat  
21:00 Uhr Diskussion  
21:30 Uhr Ende

**WO:**  
**Landgasthof zum Schwert**  
Hauptstrasse 7  
8477 Oberstammheim

Besten Dank für Ihre Anmeldung bis Sonntag, 2. März 2025  
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:  
[ycaspar@sunrise.ch](mailto:ycaspar@sunrise.ch) oder  
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)



Alle sind herzlich willkommen!

**Junge SVP Kanton Zürich**

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch).

**SVP-VERANSTALTUNGEN****Bezirk Affoltern**

Mittwoch, 19. März 2025, 20.00 Uhr, Polit-Anlass, Restaurant Löwen, Albisstrasse 2, Hausen am Albis, mit alt Bundesrat Ueli Maurer.

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**

Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

**Bezirk Andelfingen**

Mittwoch, 5. März 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Landgasthof zum Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Kantonsrat Paul von Euw. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) unter [ycaspar@sunrise.ch](mailto:ycaspar@sunrise.ch).

**Bezirk Dielsdorf/Dänikon-Hüttikon**

Freitag, 7. März 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Schützenhaus, Dänikon, mit Nationalrat Martin Hübscher.

**Bezirk Hinwil/Hinwil**

Samstag, 8. März 2025, 12.00 Uhr, SVP bei de Lüt, Hof Blaser, Ober Erlosenstrasse 8, Hinwil, u.a. mit alt Bundesrat Ueli Maurer, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

**Bezirk Meilen/Stäfa**

Freitag, 21. März 2025, 18.30 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Sunshine Hill, Bergstrasse 202, Stäfa, u.a. mit alt Bundesrat

**IMPRESSUM****Zürcher Bauer**

ISSN 1660-6701  
ISSN 2296-3480

**Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.  
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch), Sean Burgess, Telefon 044 217 77 33.

Insertionspreise: [www.zbv.ch/zuercher-bauer](http://www.zbv.ch/zuercher-bauer).  
Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, [abo@zuercher-bauer.ch](mailto:abo@zuercher-bauer.ch).

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.  
Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [inserate@svp-zuerich.ch](mailto:inserate@svp-zuerich.ch). Inserenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](mailto:veranstaltungen@svp-zuerich.ch) Layout: cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Ueli Maurer, Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Kantonsrätin Marion Matter. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 15. März 2025 unter [vorstand@svp-staefa.ch](mailto:vorstand@svp-staefa.ch).

Samstag, 29. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

**Weitere Veranstaltungen**

Montag, 10. März 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich, u.a. mit Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Marcel Suter. Anschliessend Apéro. Anmeldung unter [www.steuervorlage17.events.zhk.ch](http://www.steuervorlage17.events.zhk.ch).

Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiessen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.



Kantonsrat  
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

**nebenamtliche Handelsrichterinnen oder Handelsrichter**  
per 1. Juli für die Amtszeit 2025-2031

In diesem Amt wirken Sie in richterlicher Funktion bei der Behandlung von Rechtsstreitigkeiten mit, welche in die Zuständigkeit des Handelsgerichts fallen. Das Zürcher Handelsgericht wird zur Behandlung der einzelnen Rechtsfälle in der Regel mit zwei Mitgliedern des Obergerichts und mit drei Handelsrichterinnen oder Handelsrichtern besetzt. Den Vorsitz führt eine Oberrichterin oder ein Oberrichter. Als Handelsrichterin oder Handelsrichter bringen Sie Ihre Sachkunde aus Ihrer hauptberuflichen Tätigkeit ein. Die Justizkommission sucht **Handelsrichterinnen oder Handelsrichter** als Fachpersonen mit Spezialkenntnissen und Erfahrung für folgende Bereiche:

- **Kammer 1 (Banken und Versicherungen):** Vermögensverwaltung, Private Banking, Finanzinstrumente, öffentliches und privates Bankenrecht, Privat- und Sozialversicherungsrecht, Haftpflicht
- **Kammer 2 (Revisions- und Treuhandwesen):** Rechnungslegung, Controlling/Management Accounting, Auditing, Risikomanagement, Corporate Governance
- **Kammer 3 (Baugewerbe und Architektur):** Architektur und Planung; GU-/TU-Verträge und/oder Baumeisterarbeiten, Bauschäden, Projektorganisation
- **Kammer 6 (Maschinen- und Elektroindustrie):** Maschinenbau, Werkstoffe, Schadenanalyse, Prüfen/Messen
- **Kammer 10 (Verschiedene Branchen):** Unternehmensführung/-beratung, Strategie, Businessplanung, Turnaround Management

Handelsrichterinnen und Handelsrichter werden durch den Kantonsrat gewählt. Es können nur Personen gewählt werden, die in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Gemäss Beschluss der Interfraktionellen Konferenz liegt das Rücktrittsalter bei 70 Jahren. Es handelt sich um eine nebenamtliche Tätigkeit. Die Arbeitsbelastung variiert abhängig von den jährlichen Fallzahlen sowie vom Umfang der Fälle. Es werden Sitzungsgelder entrichtet.

Informationen zum Handelsgericht finden Sie im Internet unter <http://www.gerichte-zh.ch/organisation/handelsgericht.html>. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

**Interessiert?**

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

<https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen>